

Die Krokodilstränen der Lehrer- und Lehrerinnenorganisationen

Category: Blog

geschrieben von Alain Pichard | 11. September 2022



Alain Pichard,
Lehrer
Sekundarstufe 1,
GLP-Grossrat im Kt.
Bern und Mitglied

der kantonalen Bildungskommission

In einem kürzlich erschienenen BUND-Beitrag (23.8.22) wird die Sekretärin von Bildung Bern, Anna Katharina Zenger folgendermassen zitiert: «Die Ansprüche der Gesellschaft an die Schule hätten stark zugenommen. Das Volksschulgesetz verlangt, dass nach Möglichkeit alle Kinder unabhängig von ihren Möglichkeiten und allfälligen Beeinträchtigungen in der Volksschule integriert werden. Die Zahl der fremdsprachigen Kinder hat stark zugenommen. Dabei soll die Schule möglichst jedem Kind nach seinen individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Diese Ansprüche an die Schule sind berechtigt. Aber entsprechend hat der Aufwand der Lehrkräfte nicht nur im Unterricht, sondern auch bei der Koordination der verschiedenen Angebote und bei der Arbeit mit den Eltern stark zugenommen.»

Es ist eine Art Offenbarungseid, den die Personalvertreterin da von sich gibt. Es ist die Unterstützung des Prinzips «Bestellen, ohne zu bezahlen». Im Nachhinein, wenn sich dann herausstellt, dass die Neuerungen nicht den Effekt haben, wie es sich die Wunschprosa-Fabrikanten der Reformen vorgestellt hatten, wird dann immer auf ominöse Gelingensbedingungen verwiesen, im Prinzip die Forderung nach mehr. Aber davon später.

Heute sprechen die Lehrpersonenverbände von Entlastungen, Überforderungen und – man höre und staune – über eine Minderung der bürokratischen Belastung der Lehrkräfte.

Exemplarisch für diese Haltung war das Agieren der ehemaligen VPOD-Lehrergruppen-Sekretärin Corinne Schärer (Grüne), welche sich im bernischen Grossrat 2007 für den Integrationsartikel stark machte. Als damaliges Gewerkschaftsmitglied im VPOD informierte ich meine Kollegin über unsere Einwände, die in einem offenen Brief von über 30 Lehrerinnen und Lehrern formuliert worden waren. Unsere Sekretärin kämpfte wacker für eine genügende Finanzierung des historischen Inklusionsvorhabens. Als aber deutlich wurde, dass dieser Integrationsartikel mit den vorgesehenen Mitteln gar nicht zu bewältigen war, konnte sie nicht über ihren ideologischen Hintergrund springen, vergass ihren gewerkschaftlichen Auftrag und stimmte dem unterfinanzierten Reformvorhaben zu. Dass diese Reform dabei nicht nur die Realklassen im Kanton

an den Rand der Funktionsfähigkeit und eine erkleckliche Zahl von Lehrkräften in die Nähe des Burnouts brachte, sondern auch den zahlreichen Kindern in den aufgelösten Kleinklassen einen Bärendienst erwies, ist ihr vermutlich noch heute nicht bewusst. Heute sprechen die Lehrpersonenverbände von Entlastungen, Überforderungen und – man höre und staune – über eine Minderung der bürokratischen Belastung der Lehrkräfte. Dabei vergessen sie, dass wesentliche Teile der heute beklagten Fehlentwicklungen von den Lehrerorganisationen mitgetragen worden sind. Sie erwiesen sich als Steigbügelhalter absurdester Bildungsreformen, deren Effekt nicht garantiert waren und deren Kosten nicht selten ins Unermessliche stiegen.

Die Berufsverbände sind heute Sprungbretter für politische und verwaltungstechnische Karrieren.

Die neue Schülerbeurteilung (SCHÜBE), die aus uns Lehrkräften Beurteilungsmaschinen machen wollte? Sie wurde von Bildung Bern unterstützt. Und wenn wir den Pfad der offenen und verhaltenen Unterstützung der Reformen weitergehen, können wir einige Stolpersteine erkennen, an die sich unsere «Gewerkschafter» heute nur ungern erinnern. Die neue Reform der Beurteilung, wo überfachliche Kompetenzen und Progression der Schüler festgehalten, dokumentiert und auf einer Skala von 1-10 benotet werden sollten? Klar, finden wir gut! Frühfranzösisch? Perfekt, brauchen wir! Abschaffung der Kleinklassen? Ist ein Gebot der Stunde! Obligatorische Elterngespräche (mit Protokoll)? Wir sind ja modern! Kompetenzorientierung mit Kompetenzraster? Finden wir toll! Obligatorische Weiterbildung mit Kontrolle und Dokumentierungen? Super! Die grossartig gescheiterte Lehrmittelreihe Passepartout? Eine umwerfende Innovation! Nachteilsausgleiche? Eine wichtige humane Reform! usw.

Die Ursache dieser Fehlentwicklung ist in der Entfremdung der Funktionäre von der Basis zu suchen. Die Berufsverbände sind heute vollständig politisiert und suchen die Nähe der Regierenden. Die Berufsverbände sind heute Sprungbretter für politische und verwaltungstechnische Karrieren.

Die Eingebundenheit und die permanente Nähe zur politischen Macht führen zur Identifikation mit dem Politsystem und enden nicht selten in der Sorge um die politische Resonanz in eigener Sache.



Therese Frösch,
ehem. Gewerkschafterin,
Regierungsmitglied und
Nationalrätin.

Als langjähriger aktiver Gewerkschafter im VPOD sah ich unsere Sekretärinnen kommen und in «höhere» Gefilde verschwinden. Therese Frösch startete als Sekretärin des VPOD-Bern, wurde Stadträtin, Gemeinderätin und schliesslich Nationalrätin. Ihr Nachfolger, Michael Jordi, wurde ins Berner Stadtparlament gewählt und ist heute Zentralsekretär der GDK (Konferenz der Gesundheitsdirektoren). Dessen Nachfolgerin, Corinne Schärer, wurde Grossrätin und später Mitglied der Geschäftsleitung der UNIA. Die ehemalige Zentralsekretärin des LEBE (heute Bildung Bern), Irène Hänseberger, wurde Leiterin des stadtbernischen Schulamtes. Der ehemalige Sekretär von Bildung Bern, Christoph Michel, ist heute Leiter Personalmanagement Lehrpersonen bei der Bildungsdirektion. Der einstige scharfe Kritiker von Standardisierung und Testbatterien, Guy Lévy, Präsident der VPOD-Lehrergruppe Biel wurde Leiter der französischsprachigen Volksschulen in der Bildungsdirektion des Kantons Bern und setzte in dieser Funktion genau die Reformen um, die er einige Jahre zuvor kritisierte.



Irene Hänseberger,
Zentralsekretärin von Bildung Bern,
anschliessend Leiterin des Berner

Schulamts.

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit betonen, dass ich mit den meisten obgenannten Gewerkschaftsverantwortlichen gut zusammengearbeitet habe und keinerlei persönliche Ressentiments hege, im Gegenteil. Es geht hier um die Rolle des Funktionärs und seine Verandelung mit den politischen Gremien. Die Eingebundenheit und die permanente Nähe zur politischen Macht führen zur Identifikation mit dem Politsystem und enden nicht selten in der Sorge um die politische Resonanz in eigener Sache.

Woher man für die Erfüllung dieser Forderungen die Lehrkräfte hernehmen soll, darüber schweigt sich die Personalvertreterin aus.

Seltsam vage sind denn auch die Statements der heutigen Gewerkschaftsvertreterinnen, wie Pino Mangiaratti, Präsident von Bildung Bern. Auf die Frage in der Berner Schule, was BIBE eigentlich konkret mache, antwortete er: «Wir suchen Lösungen, diskutieren, zeigen Missstände auf, versuchen, Haltungen zu verändern, leisten Überzeugungsarbeit, stellen Angebote bereit, informieren, organisieren Anlässe.» (Berner Schule, 4/22, Seite 3)

Auf die Frage nach Bürokratieabbau meint die BIBE-Sekretärin Zenger: «So wenig wie möglich, so viel wie nötig!»

Unschlagbar sind die Personalverbände im ganzen Land allerdings mit ihren frivolen Forderungen nach immer mehr. LCH, Bildung Bern und andere kennen in ihrem politischen Handeln nur die Quantität. Lohnerhöhungen? Unbedingt! Arbeitszeitverkürzung? Auf jeden Fall! Harnos? Nur zu! Tagesschulen? Ein Muss! Begabtenförderung? Von uns aus! Qualitätskontrollen? Super! Frühfranzösisch? Perfekt, brauchen wir! Probleme mit der Integration? Mehr Heilpädagoginnen! Probleme mit schwierigen Schulklassen? Teamteaching! Überlastung der Klassenlehrkräfte? Eine zweite Entlastungslektion! Soziale Probleme in Brennpunktschulen? Mehr Schulsozialarbeit! Zu viel Bürokratie? Gemeinden müssen mehr Schulsekretärinnen einstellen, um die Lehrer und Schulleitungen zu entlasten!

Zenger fasste es im BUND-Beitrag folgendermassen zusammen: «Die Gewerkschafterin fordert deshalb maximale Klassengrössen von 20 Kindern und

durchgehendes Teamteaching vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse sowie mehr zeitliche Ressourcen bei gleichen Aufgaben für die Schulleitungen.» (<https://www.derbund.ch/wieso-lehrpersonen-ihr-pensum-nicht-erhoehen-wollen-761786151125>).

Woher man für die Erfüllung dieser Forderungen die Lehrkräfte hernehmen soll, darüber schweigt sich die Personalvertreterin aus. Es mag ja sein, dass all die Forderungen der Gesellschaft an die Schule ihre Berechtigung haben, wie es Frau Zenger formuliert. Wenn man aber die Elemente dieses Wunschkonzerts zusammenzählt, dann wird man feststellen, dass der Markt dies alles gar nicht hergibt. Es fehlen Lehrkräfte, Heilpädagoginnen, und die Ressource Geld ist auch in Zeiten der “Modern Monetary Theory” nicht unbeschränkt vorhanden.

Inzwischen ist ein enormes Ausgabenwachstum in der Bildung im Gang. Im Kanton Bern bilden die Ausgaben im Bildungsbereich mit über 25% den höchsten Posten und betragen 2,270 Milliarden Franken. Von Bildungsabbau und Kaputtsparen keine Spur. Hingegen lohnt sich die Reflexion über die Frage, ob all die Ausgaben auch den gewünschten Effekt haben und auch wohin all dieses Geld fließt. Das gilt auch für die zurzeit herumgebotenen Vorschläge zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels.

Und zum Schluss noch eine Bemerkung in eigener Sache. Von diesen kritischen Bemerkungen an die Adresse der Lehrerverbände ist der LVB, die Lehrerinnen- und Lehrergewerkschaft des Kantons Baselland, ausdrücklich ausgenommen. Zurzeit versucht deren Präsident, Philipp Loretz, die Bildungsverantwortlichen seines Kantons davon zu überzeugen, dass die Umsetzungshilfen der PHs zu den überfachlichen Kompetenzen (70 Seiten) höchst problematisch sei. Solche Initiativen würde man sich vermehrt von den anderen Personalverbänden wünschen. Vielleicht würde dann auch der Organisationsgrad dieser “Gewerkschaften” (er beträgt derzeit noch knapp 50%, von einst 98%) wieder steigen.